Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933
1884

16.2.1884 (No. 40)

Visual Library

Karlsruher Zeitung.

Samstag, 16. Februar.

№ 40. Vorausbezahlung: vierteljährlich 3 M. 50 Pf.; durch die Post im Gebiete der deutschen Postverwaltung, Briefträgergebühr eingerechnet, 3 M. 65 Pf.
Expedition: Karl-Friedrichs-Straße Nr. 14, woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.
Einrückungsgebühr: die gespaltene Petitzeile oder deren Raum 18 Pfennige. Briefe und Gelder frei.

1884.

Nicht-Amtlicher Theil.

Politische Rundschau.

Karlsruhe, den 15. Februar.

Die „Nordd. Allg. Ztg." schreibt: Der Abgeordnete Townshend aus Illinois hat, wie telegraphisch bereits gemeldet wurde und es die nunmehr eingegangenen amerikanischen Zeitungen bestätigen, im Repräsentantenhause zu **Washington** eine Bill eingebracht, welche die Ergreifung von Repressivmaßregeln gegen diejenigen Länder bezweckt, die aus sanitären Rücksichten der Einfuhr gewisser amerikanischer Produkte Hindernisse in den Weg legen. Die Nachricht von der Einbringung der Townshend'schen Bill war wohl geeignet, hier Befremden zu erregen. Man konnte daraus folgern, daß in amerikanischen Kreisen die Selbständigkeit und Freiheit verkannt werden, mit welchen die Gesetzgebungen anderer Länder innere polizeiliche Maßregeln zu treffen ein unbedingtes und bisher auch niemals bestrittenes Recht besitzen. Der jetzt vorliegende Wortlaut des in Rede stehenden Gesetzvorschlages ist geeignet, den national gesinnten Theil der deutschen Bevölkerung peinlich zu berühren, da die Spitze jenes Antrages augenscheinlich gegen Deutschland, man ist sogar berechtigt, zu sagen, gegen Deutschland allein, gerichtet ist. Oesterreich-Ungarn, Italien, Frankreich und Griechenland, welche ganz ähnliche Verbote wie Deutschland gegen die Einfuhr amerikanischen Schweinefleisches erlassen haben, werden in der Townshend'schen Bill gar nicht erwähnt, und in den Motiven zu derselben ist ausschließlich von Deutschland und den Maßregeln der Regierung Seiner Majestät des Kaisers die Rede, gerade als ob Deutschland allein, als ob nicht die Mehrzahl der continentalen Großmächte sich der Einfuhr des gesundheitsschädlichen amerikanischen Schweinefleisches widersetzten. Der Umstand, daß die Tendenz der Bill sich in dieser Beziehung vollständig der Haltung desjenigen Theiles der amerikanischen Presse anschließt, welcher schon seit geraumer Zeit für die Ergreifung von aggressiven Maßregeln agitirt und dabei immer nur Deutschland im Auge hat, muß die Vermuthung aufdrängen, daß die grundlose Animosität gegen Deutschland, welche in der Haltung der Presse zutage getreten war, auch innerhalb der gesetzgebenden Körperschaften der Vereinigten Staaten Anklang findet. Wir wissen nicht, wie es kommt, daß gerade Deutschland sich eine so unfreundliche Beurtheilung seitens der öffentlichen Meinung in den Vereinigten Staaten und eine so parteiische Behandlung seitens ihrer Gesetzgebung zugezogen hat. Deutschland hat Amerika gegenüber stets freundschaftliche Gesinnungen gehegt und bereitwillig jede Gelegenheit ergriffen, denselben Ausdruck zu verleihen. Das Bewußtsein unserer aufrichtig guten Gesinnungen für Amerika gab uns ein gewisses Recht, die Freundschaft Amerika's für Deutschland als etwas Selbstverständliches zu betrachten, und die deutschenfeindliche Haltung, welche plötzlich in weitern amerikanischen Kreisen zum Durchbruch kommt, ruft Bedauern und Verwunderung bei uns hervor. Wir wollen gern berücksichtigen, daß wir augenblicklich noch kein vollständiges und also auch kein richtiges Bild von der Stimmung in Amerika Deutschland gegenüber haben. Es ist wahrscheinlich, daß die Organe derjenigen Privatinteressen, welche durch die in Rede stehenden Einfuhrverbote geschädigt sind, sich zunächst und am lautesten erhoben haben und daß die Stimme sachlicher Ueberlegung, welche auch den bedeutendsten Privatinteressen den ihnen gebührenden Platz unter den Fragen des allgemeinen Wohles anweist, noch nicht vernommen worden sind. Wir nehmen nicht an, daß die Staatsmänner Amerikas zu der Ansicht hinneigen, Deutschland könne durch Repressalien oder Drohungen veranlaßt werden, Maßregeln zurückzunehmen, die es nach sachverständiger Prüfung im Interesse der öffentlichen Gesundheit angeordnet hat. Eine unabhängige Regierung kann auf jeden Einschüchterungsversuch nur durch entsprechende Gegenmaßregeln antworten, d. h. in dem vorliegenden Falle durch Gegenrepressalien, bestehend in Erhöhung der deutschen Zölle, und sodann durch andere, den Verkehr zwischen beiden Ländern betreffende gesetzliche Einrichtungen. Solche Akte sind zweischneidige Waffen, die auch den verletzen, der sie führt; aber wir würden davon Gebrauch machen, wenn es sich darum handelt, die Unabhängigkeit unserer inneren Gesetzgebung gegen fremde Versuche zu schützen, welche dem seit Gründung der Vereinigten Staaten bestehenden ungetrübten freundschaftlichen Einvernehmen beider Länder so wenig entsprechen.

Ueber die Delegirten-Versammlung der Vereine für Arbeiterkolonien

wird uns aus **Berlin** unterm 13. Febr. geschrieben:

Schon Montag Abend hatten sich die Beamten des Deutschen Arbeiterkolonien-Vereins im Centralhotel hier vereinigt zu Vorbesprechungen und Begrüßungen. Die Verhandlungen selbst begannen Dienstag 10 Uhr im Herrenhaus mit der definitiven Konstituirung des Centralvereins deutscher Arbeiterkolonien. Dem bisherigen provis. Vorsitzenden Graf Ziethen-Schwerin, wurde das Präsidium übertragen. Derselbe begrüßte die Versammlung, die aus Vertretern fast aller deutschen Provinzen zusammengesetzt war, dankte den Mitgliedern hoher Behörden für das durch ihr Erscheinen entgegengebrachte Interesse (es waren Minister von Goßler, Oberkirchenraths-Präsident Dr. Hermes, Konsistorial-Präs. Hegel, Geheimerath Stark vom Königl. Justizministerium u. A. erschienen) und berichtete kurz über das seit der Versammlung in Hannover (16. Okt. v. J.) Geschehene. 16 Vereine sind gegründet, nur wenige deutsche Länder (Bayern, die thüringischen Herzogthümer) stehen noch zurück. In 7 Kolonien (Wilhelmsdorf, Kästorf, Ricklingen, Friedrichswille, Dornahof, Seyda [Sachsen], Dannelsberg [Oldenburg]) sind gleichzeitig fast 1000 Kolonisten untergebracht, deren Verhalten fast ausnahmslos musterhaft gewesen sei.

In die Tagesordnung eintretend ertheilte der Vorsitzende dem Vorsteher des Rauhen Hauses, Dr. Wichern, das Wort zu seinem Referat über die Gewinnung des Personals zur Leitung der Kolonien und zur Beaufsichtigung der Kolonisten. Daß bei der einmal schwierigen Aufgabe nur Leute von gediegenem christlichem Charakter, von hingebender und opferwilliger Gesinnung und tüchtiger Ausrüstung auch mit technischen landwirthschaftlichen Kenntnissen gewählt werden können, ist einleuchtend. Solche Männer werden eben in den 10 deutschen evangl. Bruderhäusern herangebildet. Die Vorsteher dieser Häuser hatten am 11. d. M. hier in Berlin eine Konferenz, in welcher sie Stellung zu der neuen großen Aufgabe nahmen. Sie sprachen ihre Bereitwilligkeit aus, auch hier zu dienen und auch dann das Aufsichtspersonal zu stellen, wenn der Leiter der Kolonien nicht aus einer solchen Bildungsstätte hervorgegangen ist. Doch bitten sie um des einheitlichen Geistes der Kolonie willen, jeweils anzufragen, ob nicht ein landwirthschaftlich genügend vorgebildeter Mann in dem je zunächstliegenden Bruderhaus vorhanden sei, dem die Leitung übertragen werden könnte. Zu möglichst gleichmäßiger Normirung der Gehalte wurden Minimalsätze (für den Leiter ca. 600, für die Aufseher 240 M.) vereinbart, welche je nach Lage der Kolonie entsprechend zu erhöhen seien.

An der Debatte nahmen Schatzrath Müller (Hannover), Konsistorialrath Richter (Breslau), v. Bodelschwingh, Pred. Stursberg (Düsseldorf), die Vorsteher von Bruderhäusern Kobelt (Neinstädt), Engelbert (Duisburg), Jahn (Züllichow) theil. Die übereinstimmenden Anschauungen faßte schließlich Ministerialrath Wielandt in die Sätze zusammen, daß je nach lokalen und individuellen Verhältnissen zu entscheiden sei, ob von dem Anerbieten der Bruderhäuser im einzelnen Falle Gebrauch gemacht werden könne oder nicht. Jedenfalls solle das Personal so gewählt werden, daß ein einheitliches Zusammenwirken möglich sei und kein Dualismus zwischen dem technischen Leiter und dem Hausvater aufkomme. Diese Gedanken seien von Bodelschwingh schon in seinem hannover'schen Referat klar dargelegt und ihnen stimme offenbar die Versammlung zu. Nachdem der Referent ein kurzes Schlußwort gesprochen und nochmals um das Vertrauen der Kolonievereine zu den Bruderhäusern gebeten hatte, schließt der Vorsitzende diesen Theil der Verhandlungen mit warmem Dank gegen die Vertreter der Bruderhäuser.

Vor dem Eintritt in den zweiten Theil der Tagesordnung (Naturalverpflegungs-Stationen) begrüßt Präsident Hermes die Versammlung. Das Wort der Schrift „Den Elenden führe in dein Haus" sei ein Vermächtniß für die ganze Christenheit. Auch die Kirche werde an ihrem Theil die mächtige Arbeit der Kolonien im Kampf gegen Bettelei und Vagabundenthum auf's wärmste und eifrigste unterstützen.

v. Bodelschwingh erläuterte die von der Wilhelmsdorfer Generalversammlung gestellten Anträge (Grundsätze der Einführung von Naturalverpflegung und Arbeitsleistung). Seine durch v. Massow und v. Quast mit reichem Material aus der Erfahrung bestätigten Darlegungen führen zu dem Antrag Stursbergs, das gesammte Material in einer Reihe von Grundsätzen zusammenzustellen, welche der Sitzung des zweiten Tages zur Beschlußfassung zu unterbreiten seien. Zu diesem Zweck wird eine Kommission gewählt (v. Bodelschwingh, Stursberg, v. Massow, v. Quast, Wielandt, Richter), welche unter dem Vorsitz von Ministerialrath Wielandt von 10—1 Uhr Nachts ihre Arbeiten ausführte.

Nach den Vorschlägen dieser Kommission nahm dann nach Wiederaufnahme der Verhandlungen am Mittwoch Vormittag 10 Uhr die Versammlung folgende Thesen über Naturalverpflegung an:

a. Die Naturalverpflegungs-Stationen bilden die unerläßliche Grundlage zur Bekämpfung der Wanderbettelei.

b. Durch dieselben soll eine Neuordnung der Unterstützung der mittellosen wandernden Bevölkerung eingeführt werden. Sie sind deßhalb keineswegs nur Stationen für diejenigen, welche die Arbeiterkolonie aufsuchen.

c. Um ihre Zwecke zu erreichen, müssen sie durch ganz Deutschland und nach möglichst einheitlichen Grundsätzen eingerichtet werden.

d. Die Einrichtung der Naturalverpflegungs-Stationen geschieht am zweckmäßigsten durch nicht zu kleine Kommunalverbände (Kreise, Oberämter, Amtshauptmannschaften, Bezirksverbände 2c.), welche miteinander in Verbindung stehen müssen.

e. Die Stationen sind in solchen Entfernungen anzulegen, daß der mittellose Wanderer keine Veranlassung zum Betteln hat, aber auch die Stationen nicht mißbrauchen kann.

f. Die Stationsverpflegung muß ausreichend sein, so daß der Wanderer marsch- und arbeitsleistungsfähig bleibt.

g. Die Verpflegung ist, wenn nur irgend möglich, von einer Arbeitsleistung abhängig zu machen.

h. Niemand soll unterstützt werden, der selbst ausreichende Mittel zu seiner Verpflegung besitzt, worüber jeder die Unterstützung in Anspruch Nehmende mit Hinweis auf die gesetzlichen Strafen wegen Betruges zu unterrichten ist; dagegen ist jeder andere wirklich Unterstützungsbedürftige, welcher in angemessener Weise Hilfe sucht, ohne irgend welche andere Bedingungen zu unterstützen.

i. Liegen Gründe zur Verweigerung der Unterstützung vor (Trunkenheit, Frechheit, Arbeitsverweigerung u. s. w.), so ist der betreffende Reisende nicht lediglich fortzuschicken, sondern gegen ihn die Hilfe der Polizei in Anspruch zu nehmen.

k. Dem zu unterstützenden Wanderer ist Sonntagsruhe zu gewähren, wofür eine größere Arbeitsleistung am Samstag oder Montag gefordert werden kann.

l. Wenn irgend möglich, ist die Einrichtung einer Gastwirthschaft als Station zu vermeiden. Die Verabreichung von Branntwein ist unter allen Umständen auszuschließen. Die bestehenden Herbergen zur Heimath und ähnliche Anstalten sind in erster Linie zu benutzen.

m. Mit der Verpflegungsstation ist möglichst eine Arbeitsnachweis-Stelle zu verbinden.

n. Jede Verpflegungsstation sollte unter der Obhut einer Anzahl von Männern stehen, welche die Station beaufsichtigen und für die religiös-sittliche Einwirkung auf die Wanderer Sorge tragen.

Die Versammlung ersuchte den Herrn Vorsitzenden, baldthunlichst Statuten von Naturalverpflegungs-Stationsverbänden, Vorschriften über Einrichtung der Stationen, Speiseetats u. s. w. zu veröffentlichen.

Zu den Einwendungen der Ultramontanen im preuß. Abgeordnetenhause gegen den **Kunstaufwand des preuß. Staats** bemerkt die „Nat.-lib. Korr." u. a.: Wenn der Staat an ideale Aufgaben erst dann herantreten dürfte, wenn alle materielle Noth aus der Welt verschwunden ist, dann könnte er in alle Ewigkeit darauf verzichten. Ganz ungerechtfertigt, aber bei der Abstimmung der meisten Mitglieder der Minderheit maßgebend ist der Vorwurf, daß Berlin, der „Wasserkopf" der Monarchie, um einen beliebten ultramontanen Ausdruck zu gebrauchen, immerfort auf Kosten der Provinzen bevorzugt werde. Zunächst hat die Hauptstadt eines Reichs, die alljährlich Millionen von Besuchern von nah und fern anzieht und die gewissermaßen die Repräsentation der ganzen Nation übernimmt, allerdings das Recht und den Anspruch, bei allen Veranstaltungen für öffentliche, für wissenschaftliche und künstlerische Zwecke den Vorrang einzunehmen. Diesem natürlichen Anspruch wird aber bei uns in einem keineswegs ausschweifenden Maße Rechnung getragen. Es gibt kein Land in der ganzen Welt, das ist eine allbekannte und vor Augen liegende Thatsache, welches in Bezug auf künstlerische und wissenschaftliche Interessen sich weniger einen einzigen Central- und Brennpunkt geschaffen hätte als Deutschland. Allerwärts blüht bei uns in mittleren und selbst in kleineren Städten die Pflege der Kunst und Wissenschaft und der Stadt fördert nach Kräften diese Blüthe. Diese Thatsache ist überaus wohlthuend und segensreich im Gegensatz zu andern Ländern, wo aller Glanz sich an einem einzigen Brennpunkt konzentrirt. Den klerikalen rheinischen Widersachern von jeder der Reichshauptstadt widerfahrenden Auszeichnung konnte der Kultusminister mit Recht vorhalten, wie viel gerade die Rheinlande von den staatlichen Aufwendungen für Kunstzwecke genießen. Sie brauchen auch nur den Blick auf den Kölner Dom zu werfen, der unter preußischer Herrschaft herrlich erstanden ist, nachdem ihn das geistliche Regiment fast bis zum Abbruch hatte verfallen lassen. Es ist nicht die Art des preuß. Staats, das „hungernde Volk", das Windthorst aufzurufen für gut hielt, und seine übrigen staatlichen Aufgaben zu vergessen um unfruchtbaren äußeren Glanzes willen. Dieser „spartanische" Staat wird auf Abwege und Uebertreibungen nach letzterer Richtung hin niemals verfallen. Aber im gebührenden Maß und Umfang ideale künstlerische und wissenschaftliche Zwecke zu fördern, wollen wir uns durch die kleinlichen Einwendungen der Ultramontanen nicht verhindern lassen. Das ist selbst in den engsten und ärmlichsten Verhältnissen der preußischen Monarchie nicht vernachlässigt worden.

Deutschland.

* **Berlin**, 14. Febr. Dem Bundesrathe ist der Gesetzentwurf über die Unfallversicherung heute zugegangen. Er ist sofort an die Ausschüsse verwiesen worden. Erhebliche Aenderungen enthält der Entwurf gegenüber den Grundzügen nicht, wenn auch in einzelnen Punkten die

Beschlüsse des Volkswirthschaftsrathes berücksichtigt worden sind. Erst am 18. d. Mts. beginnen die Ausschüsse des Bundesrathes die Berathung des Aktiengesetzes und einige Tage später die des Unfallversicherungs-Gesetzes. Angesichts dieser Thatsachen ist es begreiflich, daß der Termin für die Einberufung des Reichstages noch nicht festgesetzt ist. Es ist jetzt wahrscheinlich, daß er sich noch etwas mehr, als man bisher annahm, verzögert, doch soll er in die erste Hälfte des März fallen.

— In der heutigen Stadtverordnetenversammlung wurden die Ausschußanträge bezüglich der Errichtung von Markthallen in der Friedrichstraße, Lindenstraße, Zimmerstraße und auf dem Magdeburger Platz mit 77 gegen 28 Stimmen angenommen. Der Antrag, den Magistrat zu schleunigen Vorschlägen wegen Errichtung je einer Markthalle im Norden und Osten der Stadt aufzufordern, wurde gleichfalls genehmigt. Die Bebauung des Magdeburger Platzes mit einer Markthalle wurde hauptsächlich von Görki (Arbeiterpartei) bekämpft, weil die Proletarierkinder sich auf diesem Platze erholen könnten.

Stuttgart, 14. Febr. Die aus San Remo hieher gelangenden Nachrichten über das Befinden Seiner Königlichen Majestät lauten fortwährend befriedigend. Nach einem nunmehr drei Monate dauernden Aufenthalt daselbst hat die Genesung des Königs sehr erhebliche Fortschritte gemacht, die ohne Zweifel vornehmlich der frühen Abreise zu danken sind. Die regelmäßig fortgesetzten ärztlichen Untersuchungen haben die erfreuliche Wahrnehmung bestätigt, daß die Athmungsfunktionen des erkrankten Theils der linken Lunge wieder weit normalere geworden sind. Doch wird bei der andauernden Empfindlichkeit dieser Stelle und da auch die katarrhalische Affektion nicht vollständig gehoben erscheint, noch eine längere Dauer des Aufenthalts in San Remo in Aussicht zu nehmen sein und sich der König wohl auch später für lange Zeit jede die Lungen stark in Anspruch nehmende Bewegung, wie Bergsteigen, Reiten und dergl. versagen müssen. (Staatsanz. f. Wttb.)

München, 14. Febr. Der Landtag nahm bei fortgesetzter Berathung sämmtliche, auch die vom Minister des Innern als unannehmbar bezeichnete Punkte des Keßler'schen Antrages auf Beschränkung der Verehelichungsfreiheit, trotz des wiederholten Widerspruchs des Ministers und der gesammten Linken, bei namentlicher Abstimmung mit 82 gegen 64 Stimmen an. — Vom Kultusministerium lief eine Nachtragsforderung von 380,000 Mk. zum Ausbau des Kunstakademie-Gebäudes ein, welche von der Kammer an den Finanzausschuß überwiesen wurde.

Oesterreich-Ungarn.

Wien, 14. Febr. In der heutigen Sitzung des Abgeordnetenhauses rechtfertigte Graf Taaffe die Ausnahmeverordnungen vom Standpunkte des Gesetzes vom Mai 1869. Dieselben gelten nicht dem Liberalismus, den er, wenn er ihn für gefährlich hielte, offen bekämpfen würde. Die Regierung werde die Verordnungen nur gegen anarchistische Umtriebe benutzen; sie verfolge keine reactionären Tendenzen, sie wolle die Bürger vor Mord und Brand schützen. Der Socialismus aber müsse durch andere Mittel geheilt werden. Der Minister bittet um baldige Berathung des Unfallversicherungsgesetzes. In der Debatte über die Ausnahmeverordnung sprachen von der Linken Schaarschmiedt, Fürnkranz und Exner, von der Rechten Hohenwart. Sodann sprach nach Annahme des Debatteschlusses Süß als Generalredner der Linken. Morgen findet nach den Reden der beiden Berichterstatter die Abstimmung statt. Hohenwart polemisirte gegen den Minoritätsbericht, welcher in den Missethaten keinen Zusammenhang und kein Wirken einer verbrecherischen Korporation erkennt; wieviel Leute sollen noch umgebracht werden, bis der Minoritätsreferent bekehrt wird? Soll's zu Massenmorden kommen? Die Angriffe des Berichts gegen die Majorität seien geradezu beleidigend, die Suspendung der Freiheiten sei ein schweres Opfer, aber das Leben der Bürger und Arbeiter erheische es. Das Regierungsversprechen sei keine rein persönliche Abmachung, sondern ein Vertrag der Staatsverwaltung mit der Volksvertretung; darauf könne man vertrauen. Die verbrecherische Propaganda muß ausgerottet werden. Der Redner empfiehlt daher den Majoritätsantrag.

Frankreich.

Paris, 14. Febr. Der „National" hält den Rücktritt des Finanzministers für sicher, den Nachfolger aber noch nicht für designirt. „Liberté" dementirt die Unterredung Ferry's mit Leon Say. — Die Kammer genehmigte den Artikel 2 des Gesetzentwurfes über das Verbot öffentlicher Kundgebungen, welches aufrührerische Rufe, Lieder und Anschläge mit Strafe belegt, in der Regierungsfassung. Die Fortsetzung findet am Samstag statt. — Die Budgetkommission beschloß einstimmig, die Bestimmungen des Gesetzes über den Primärunterricht, wodurch neue Ausgaben herbeigeführt werden, dem Wunsche des Ministeriums gemäß zu beseitigen.

Spanien.

Madrid, 13. Febr. Nach dem vorliegenden Abschluß haben in dem Etatsjahr 1882/83 die budgetmäßigen Einnahmen die Voranschläge um 37 Millionen Pesetas überstiegen. Die der Regierung nahestehenden Blätter erklären die fortgesetzten Mittheilungen französischer Blätter über republikanische Agitationen in Spanien für durchaus falsch.

Großbritannien.

London, 13. Febr. Die große Redeschlacht ob der egyptischen Politik der Regierung ward gestern geschlagen und endigte im Oberhause mit einem Siege der Konservativen, im Unterhause mit einem Waffenstillstande bis nächsten Donnerstag, wo der Kampf von neuem anheben wird. Das Schicksal der englischen Kabinette hängt nicht von der Meinung der Lords ab, und daher hat die Niederlage der Regierung, obschon sie mit einer Mehrheit von 100 Stimmen erfolgte, nur eine untergeordnete Bedeutung. Das ministerielle Leibblatt, die „Daily News", wagt es sogar, die Lords für ihr Tadelsvotum zu bedrohen. „Die Regierung," sagt sie, „wird sich ob des Tadels nicht schlechter befinden, wahrscheinlich aber die Lords." In dieser Drohung liegt das Siegesbewußtsein des Blattes und der liberalen Partei klar ausgedrückt. Trotz der Niederlage im Oberhause, trotz der Ueberlegenheit Salisbury's und Kairns' über Granville und Derby und trotz der in den Ereignissen selbst liegenden Verdammung der Kabinetspolitik wird die Schlacht im Unterhause wohl mit einem Siege des Ministeriums endigen, und zwar einzig und allein dank dem ungeheuren Einflusse, den Gladstone durch seine Person und sein Wort ausübt. Zergliedert man die Rede, die er gestern zur Vertheidigung seiner schlechten Sache hielt, so begreift man die Weisheit der Bismarckschen Aeußerung (in „Bismarck und seine Leute"): „Es wird noch dazu kommen, daß man die Beredsamkeit für eine gemeinschädliche Eigenschaft ansieht und bestraft, wenn sie sich eine lange Rede zu schulden kommen läßt." Anderseits begreift man auch das Bedauern vieler, welche Gladstone's Gabe des Wortes bewundern, daß er nicht Rechtsanwalt geworden, weil er dann die Eigenschaften, die jetzt seinem Lande und seinem Volke verderblich werden, vortrefflich angewandt hätte. Seine Anhänger winden sich heute in den Netzen seiner Sophistik, und gestern gab es kaum ein liberales Parlamentsmitglied, das die Sitzung nicht mit Ausrufen der Bewunderung verlassen hätte. Auf der andern Seite war der Oppositionsführer Sir S. Northcote, welcher seinen Tadelsbeschluß begründete, gestern ganz außergewöhnlich langweilig; und Lord R. Churchill, sein jugendlicher Nebenbuhler, ließ es entschieden an jenem leichtbeflügelten Uebermuthe fehlen, der bisher die wirksamste Waffe gegen den pedantischen Ernst Gladstone's gewesen. Thatsächlich ist die „große Gelegenheit" schon wieder einmal versäumt, trotzdem die Abstimmung noch nicht erfolgt ist; und wenn erst die Entsetzung Tokars gelänge und Gordon den sudanischen Scheiks Vernunft beibrächte, so würde der Schwamm der Vergessenheit über die jüngste Vergangenheit fahren. Soviel über den allgemeinen Charakter der gestrigen Erörterung.

London, 15. Febr. „Daily Telegraph" erfährt, daß der für den Sudan geforderte Kredit 250,000 Pfund Sterling betragen wird.

— Oberhaus. Erste Lesung der Regierungsvorlage betr. die Vieheinfuhr. Carlingford erklärt, die Regierung halte sich hauptsächlich betreffs der Maul- und Klauenseuche für verpflichtet, die Viehlandung aus irgend einem Lande zu verbieten, wenn sie überzeugt sei, daß das betreffende Land nicht gerechtfertigte Sicherheit des Gesundheitszustandes des Viehes biete.

— Unterhaus. Fitzmaurice sagt, daß die Regierung nicht in der Lage sei, Frankreich und Italien Vorstellungen betreffs Unterdrückung des Spiels in Monaco zu machen. Gladstone erklärt, daß Musurus noch ohne definitive Instruktionen über den von der Pforte gewünschten Meinungsaustausch über die egyptische Frage sei. Unter dem Schutz des Littorales des Rothen Meeres verstehe die Regierung jeden daselbst gefährdeten Hafen. Man habe keinen Auftrag des Sultans für die Aktion gegen Sudan, aber unsere Aktion sei vorsichtig durchdacht, so daß keine etwaigen Rechte des Sultans daselbst verletzt würden. Childers erklärt, daß der Kredit für die Expeditionskosten baldmöglichst vorgelegt werden würde. Das Haus setzte dann die Debatte über Northcote's Mißtrauensvotum fort. Lawson stellt dazu den Unterantrag, welcher die Hoffnung ausspricht, daß britische Truppen nicht weiter in Egypten verwandt würden. Dilke erklärte, es sei kein Zweifel, daß die Mission Gordon's einen entscheidenden Erfolg haben werde. Beträchtliche englische Streitkräfte sollten am 19. Februar in Suakin eintreffen. England erweiterte seine Verantwortlichkeit, da es jetzt auch für die Ordnung an der Küste die Verantwortlichkeit übernommen habe, während es bisher nur für die Ordnung im eigentlichen Egypten verantwortlich war. Gordon erhielt jede von ihm geforderte Unterstützung und werde jede weitere Unterstützung, die er verlangen sollte, erhalten. Das Prinzip der englischen Politik sei, die egyptische Herrschaft zurückzuziehen, wo es falsch wäre, dieselbe aufrecht zu halten, dieselbe aber zu verbessern, wo dieselbe segensreich und national sei und, wie am Rothen Meere, von England und anderen Nationen zur Unterdrückung des Sklavenhandels benützt werden könne. Die Fortsetzung der Debatte wurde schließlich vertagt.

Rußland.

Charkoff, 14. Febr. Dem früheren Intendanten des Charkoff'schen Militärbezirks, Generallieutenant Buschen, dem verabschiedeten Oberst Sabo und dem Titularrath Wassiljeff sind nunmehr die Anklageakten wegen der bei den Militär-Zwiebackbeschaffungen während des Orientkrieges vorgekommenen Mißbräuche eingehändigt worden.

Nordamerika.

New-York, 13. Febr. Die Ueberschwemmungen dauern fort, in Cincinnati steht das Wasser jetzt 2 Fuß höher als im Jahre 1883. In Cincinnati ist für die Nothleidenden ausreichende Fürsorge getroffen, aber in etwa 50 anderen Plätzen am Ohio herrscht furchtbares Elend. In Wheeling sind noch gegen 10,000 Personen obdachlos. Durch einen Hagelsturm ist der telegraphische Verkehr im Westen stark unterbrochen.

Großherzogthum Baden.

Karlsruhe, den 15. Februar.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog empfing heute Vormittag den Königlich Schwedischen Hauptmann der Artillerie A. F. Centervall und ertheilte dem Oberamtmann Becker von Triberg, dem Geheimerath Dr. Hergt von Illenau sowie dem katholischen Stadtpfarrer Staufert von Waibstadt Audienz.

Nachmittags nahmen Seine Königliche Hoheit verschiedene Vorträge entgegen, arbeiteten dann mit dem Präsidenten Regenauer und folgten später einer Einladung Ihrer Großherzoglichen Hoheit der Prinzessin Elisabeth zu einer Tanzgesellschaft.

Abends 1/2 9 Uhr besucht der Großherzog die Sitzung des Naturwissenschaftlichen Vereins.

Ueber die italienische Reise Seiner Großherzoglichen Hoheit des Prinzen Ludwig Wilhelm erfahren wir Folgendes:

Der Prinz hat seinen Aufenthalt in Rom am 5. Febr. beendet, nachdem Höchstderselbe die Sehenswürdigkeiten dieser Stadt eingehend studirt und Ausflüge in die Umgegend derselben, wie z. B. nach Tivoli, Corneto 2c. unternommen hatte. Das nächste Reiseziel war Neapel, welches jedoch mit Umwegen erreicht werden sollte. Den ersten Tag ging die Reise von Rom nach Velletri, den 6. nach Terracina, den 7. nach Formia mit Ausflug nach Gaëta, den 8. nach Sparanisi und Neapel, wo Samstag den 9. d. zugebracht wurde. Am 10. wurde Pästum, Salerno und La Cava, am 11. Amalfi und Ravello besucht. Am 12. kehrte der Prinz nach Amalfi zurück, besuchte Positano, Vico Caslet und ging zu Wasser nach Neapel. Am 13. reiste Höchstderselbe von Neapel nach Monte Casino; am 14. von da nach Peruggia, woselbst am 15. verblieben werden wird. Am 16. findet die Weiterreise nach Assisi und am 17. nach Florenz statt, woselbst ein längerer Aufenthalt beabsichtigt ist und der Prinz im Hotel de la Ville daselbst Wohnung nehmen wird.

× (Bei der heute durch die Wahlberechtigten III. Klasse vorgenommenen Ersatzwahl von 2 Stadtverordneten) mit 3jähriger Amtsdauer wurden gewählt: Georg Hölzer, Zimmermeister, mit 117, und Karl Rheinbold, Generalsekretär, mit 119 Stimmen. Weiter erhielten Stimmen: Assistent W. Fischer 21, Schuhmacher K. Rotter 22, Rentner Brombacher 13 und Gastwirth Dengler 13. Von 5028 Wahlberechtigten haben 153 oder 3,04 % abgestimmt.

* (Vom geschäftsführenden Ausschuß für Arbeiterkolonien in Baden) erhalten wir folgende Mittheilung: Seit der Versammlung vom 4. Dezember v. J., in welcher die Gründung von Arbeiterkolonien in Baden beschlossen worden, ist es dem von der Versammlung bestellten geschäftsführenden Ausschusse allein überlassen gewesen, die Förderung des Unternehmens zu betreiben. Dessen Thätigkeit war zunächst darauf gerichtet, durch eine nach vielen Seiten ausgedehnte Korrespondenz eine möglichst vielseitige öffentliche Theilnahme hervorzurufen. Das Ergebniß war, wie der mittlerweile veröffentlichte Aufruf nachweist, ein äußerst günstiges. Voran ging die Unterstützung Ihrer Königlichen Hoheiten des Großherzogs und der Großherzogin, welche jeder Bestrebung für Landeswohlfahrt noch nie gefehlt hat, es erfolgte die Zusage hoher und in hervorragender Stellung befindlicher Personen und außerdem erklärten in allen Landestheilen Vertreter der verschiedensten Lebenskreise, der verschiedensten politischen und religiösen Richtungen ihr Einverständniß mit dem in Aussicht genommenen Werke. Es ermöglichte dies sofort zur Errichtung von Komités zu schreiten, in welchen nunmehr von einzelnen hiezu berufenen Vertrauensmännern die Bildung von Zweigvereinen in lokalen Mittelpunkten in die Hand genommen wird. Diese Männer werden neben den Unterzeichnern des Aufrufs in ihrem Bezirke noch weiter geeignet erscheinende Männer beiziehen und mit denselben die Stärke des Komité's, seine Organisation und die Art seiner Thätigkeit bestimmen. Die Aufgabe der Komités wird darin bestehen, das Verständniß und das Interesse für die Frage der Arbeiterkolonie zu wecken und auszubreiten und zu den Gründungs- und Betriebskosten Geldmittel zu sammeln und zeichnen zu lassen. Außer einmaligen Gaben und jährlichen Beiträgen werden unverzinsliche oder niederverzinsliche Kapitaldarlehen besonders willkommen sein. Zur Erreichung dieser Aufgabe wird das Komité je nach den örtlichen Verhältnissen öffentliche Versammlungen zur Besprechung der Frage, Vorträge, Konzerte, Bazars, Verloosungen, das Kolportieren von Sammellisten, öffentliches Ausschreiben u. dgl. veranstalten. Der geschäftsführende Ausschuß ist auf Verlangen bereit, für Vortragserstattung Sorge zu tragen. Außer an Einzelne, hat man sich auch an die Theilnahme besonders berufener öffentlicher Organe gewendet. Zunächst an die Kreisausschüsse, von welchen diejenigen von Freiburg, Karlsruhe, Mosbach und Offenburg in sympathischer Weise geantwortet haben. Eine weitere Fürsorge war der Umschau nach entsprechenden Arbeitsgelegenheiten gewidmet, in welcher Hinsicht man sich an die Kulturinspektionen und durch die Presse an das Publikum gewendet hat. Am zweckmäßigsten erschien der Erwerb eines der Verbesserung noch fähigen, aber von der Arbeit noch nicht aufgesuchten Grundstücks. Man will dem der öffentlichen Hilfe noch nicht bedürftigen Arbeiter keine Konkurrenz machen und sucht deßwegen ein Grundstück auf, welches nach seiner Beschaffenheit für gewöhnliche Verhältnisse die Arbeit nicht lohnt und darum auch nicht findet, aber man will doch nicht vergeblich arbeiten, das Grundstück muß deßhalb eine Verbesserung noch als möglich erscheinen lassen. Gar viele Anerbieten sind schon gemacht und eingehend geprüft worden, es besteht die Hoffnung, auf das eine oder andere eintreten zu können. Zum Anschluß an die über ganz Deutschland verbreiteten Bestrebungen gegen das Landstreicherunwesen wurde die Verbindung mit dem Centralvorstand für Arbeiterkolonien im Deutschen Reiche hergestellt, eine zur Vereinsgründung in Frankfurt a. M. abgehaltene Versammlung beschickt, deßgleichen die Generalversammlung für die vorbildliche Kolonie Wilhelmsdorf besucht. Auf die merkwürdigen Ergebnisse der letzteren denken wir in einem spätern Berichte zurückzukommen. Daß zwei Abgeordnete des geschäftsführenden Ausschusses an dem gegenwärtigen Delegirtentage in Berlin sich betheiligen und daß man wegen Antheil an dem Jubiläumsfond an den Herzog von Ratibor als Ehrenpräses der Vereine für Arbeiterkolonien sich gewendet habe, ist schon in dem Aufrufe angezeigt worden. Außer den besonders angezeigten reichen Gaben Ihrer Königlichen Hoheiten des Großherzogs und der Großherzogin und Seiner Großherzoglichen Hoheit des Prinzen Karl sind schon verschiedene Beiträge dem Vorstande eingesendet worden. Mit Dankbarkeit erwähnen wir der erfreulichen Unterstützung, welche das Unternehmen bei den Staatsbehörden und dem Schutzvereine für entlassene Gefangene gefunden hat. Letzterer hat ein unverzinsliches Anlehen bis zu zehntausend Mark in Aussicht gestellt, während die das betreffende Respiziat vertretenden Räthe des Ministeriums der Justiz und des Innern dem Ausschusse als Mitglieder beigetreten sind. Zuletzt, doch nicht am letzten, hat man der Presse unseres Landes zu danken, welche allseitig, uneigennützig und eifrig der Förderung dieser schweren Arbeit ihre mächtige Hilfe geliehen hat. Hoffen wir, daß eine wohlgemeinte

Sache, getragen von so vielen wohlmeinenden Menschen und Kräften, einen günstigen Ausgang finden werde!

e. (Monatsversammlung des hiesigen Gewerbevereins.) Eine solche fand am 13. Februar im oberen Saale der „Vier Jahreszeiten" statt und war sehr zahlreich besucht. Wie üblich waren in dem Saale verschiedene kunstgewerbliche Gegenstände ausgestellt: 1) Cuivre-poli-Waaren von P. Stotz u. Cie. in Stuttgart und 2) die Nachbildung eines reichen großen Moscheenleuchters von Christofle u. Cie. dahier. — Den ersten Punkt der Tagesordnung bildete ein mit Demonstrationen begleiteter Vortrag des Hrn. Dr. Marc. Rosenberg über „Goldschmiedekunst in München", in welchem derselbe seine neuesten Forschungen auf diesem Gebiete darlegte und sehr interessante Aufklärungen über Leben und Wirken berühmter Goldschmiede gab. — Es folgte alsdann ein Bericht über „die von der Badener Lotteriekommission im hiesigen Gewerbeverein gemachten Ankäufe", welche Hr. Hofuhrmacher Pecher erstattete. In der sich hieran knüpfenden lebhaften Diskussion wurden verschiedene diesbezügliche Wünsche ausgesprochen, deren thunlichste Befürwortung von dem Vorstande zugesagt wurde. — Ueber den 3. Punkt der Tagesordnung, „die Abhaltung einer Lehrlingsarbeiten-Ausstellung", referirt Hr. Hofmechaniker Sickler. Nach kurzer Debatte wird die Abhaltung der Ausstellung in gleicher Weise wie in den früheren Jahren beschlossen. Zum Schlusse erstatten noch die Herren Fabrikant Himmelheber und Dreher Dengler Bericht über „die Stellung des Kleingewerbes zu dem neuen Einkommensteuer-Gesetz".

* (In Amerika ergriffen.) Vor einigen Wochen war der Postunterbeamte Linsenmeier aus Krotzingen im Schwarzwalde nach Veruntreuung von 1500 Mark Postgeldern flüchtig geworden und hatte sich in Havre eingeschifft, um nach Amerika zu entkommen. In Folge der post- und gerichtsseitig auf das schleunigste ergriffenen Maßnahmen ist Linsenmeier jedoch in St. Louis, wo er sich in Sicherheit glaubte, festgenommen worden. Seine Auslieferung nach Deutschland ist im Gange.

Schm. (Mittheilungen aus der Stadtraths-Sitzung vom 14. Februar.) Die Deutsche Reichs-Fechtschule, Verband Karlsruhe, sucht um unentgeltliche Ueberlassung der Festhalle zur Abhaltung eines Konzerts auf den 20. d. Mts. nach, dessen Erträgniß dem deutschen Reichs-Waisenhaus-Fond zufließen soll. Das Gesuch wird genehmigt. — Der Voranschlag für die städt. Krankenversicherungs-Anstalt wird berathen und erhält die Genehmigung. — Mit der in der Festhalle am Schlusse des Schuljahres der städt. Volksschulen in Aussicht genommenen Schulfeier soll im kleinen Festhalle-Saal eine Ausstellung weiblicher Handarbeiten verbunden werden. — Bei Großh. Oberschulrath wird die Umwandlung der höheren Bürgerschule in eine Realschule beantragt. — Bei Gesuchen um Errichtung neuer Wirthschaften sollen künftig die Pläne über die zum Wirthschaften bestimmten Räumlichkeiten jeweils dem Orts-Gesundheitsrath zur Begutachtung übermittelt werden. — Ein Gesuch des Konditors Michael Giebel von Mainbernheim (Bayern) und ein solches des Drehermeisters Jakob Immle von Gündelbach (Württemberg) um Aufnahme in den badischen Staatsverband werden Großh. Bezirksamt unbeanstandet vorgelegt.

Die Maskenball-Kommission legt die Abrechnung vor über den am 26. Januar d. J. abgehaltenen Festhalle-Maskenball. Hiernach betragen die Einnahmen 4489 M. 80 Pf., die Ausgaben 2588 M. 84 Pf. und das Reinerträgniß 1900 M. 96 Pf., welch letztere der Stadtgarten-Kasse in Einnahme verwiesen werden. — Nach Mittheilung des städt. chemischen Laboratoriums wurden im Jahr 1883 293 Untersuchungen vorgenommen, und zwar 285 auf amtliche Anordnung und 8 durch Private veranlaßt; beanstandet wurden hievon 58 Untersuchungsproben. — In der Sitzung der Baukommission vom 11. Februar wurde ein Baugesuch des Bauunternehmers Aug. Hörner, Sophienstraße Nr. 71, mit 3 Stockwerken und 8 Zimmern zur Genehmigung befürwortet.

Das städt. Vierordt-Bad hat im Monat Januar d. J. folgende Bäderzahl verabreicht: Douche 106, Wannenbäder 696, russische Dampfbäder 289, heiße Luftbäder 95, zusammen 1186 mit einer Einnahme von 1282 M. 95 Pf.; in der Kurabtheilung wurden 292 Bäder mit einer Einnahme von 194 M. 20 Pf. abgegeben. — Vom Friedhof gingen im Januar d. J. an Taxen ein: Vorbehaltstaxen auf Rabattplätze 1394 M. 6 Pf., von Begräbnissen in der Reihe, und zwar: 17 Begräbnisse erster Klasse 1991 M., 12 Begräbnisse zweiter Klasse 1054 M., 24 Begräbnisse dritter Klasse 773 M. 10 Pf. und 43 Begräbnisse von Kindern 465 M.

Theater und Kunst.

** **Karlsruhe**, 14. Febr. (Malerei.) „Urlaubers Heimkehr" betitelt sich ein neues Bild, an dem Defregger eben arbeitet. Felix Gahl schreibt darüber: Das schwergetäfelte niedrige Bauernzimmer mit dem großen Kachelofen und den Butzenscheiben in den engen Fenstern beherbergt die ganze zahlreiche Familie. Er, der Aelteste, der Stolz der Eltern, der Geschwister, ja des ganzen Dorfes, der Kaiserjäger ist „auf Urlaub" heimgekehrt. Ein schmucker Bursch in der kleidsamen Tracht erzählt er die Erlebnisse der letzten Jahre. Der Vater, eine stämmige Bauerngestalt mit ausdrucksvollem, scharfgeschnittenem Kopfe, weidet sich an dem Anblick seines ihm gegenübersitzenden Jungen. Die älteste Schwester, ein holdes Kind, so eine junge Menschenknospe, wie sie eben nur Defregger zu malen weiß, lauscht verklärten, ja beinahe verliebten Antlitzes des Bruders Neuigkeiten, und rings herum hockt und steht und kniet und sitzt in reizender Verschlingung das übrige kleine Kruppzeug bis zum Kleinsten welches nun gar dem Heimgekehrten zwischen die Beine gelaufen, um mit den blanken Knöpfen an der Uniform zu spielen. Im Hintergrunde hantirt geschäftig die alte Bäuerin, um in Küche und Keller nach dem Rechten zu sehen und die Ankunft des Sohnes mit einem besonderen Mahle zu feiern. — Hermann Kaulbach, der Sohn des genialen Wilhem v. Kaulbach, nimmt als Historienmaler einen immer bedeutenderen Aufschwung. Derselbe arbeitet jetzt an einem großen Bilde, das den energie- und poesievollen Hohenstaufen, Kaiser Friedrich II., darstellt, wie er in Marburg am Grabe der hl. Elisabeth von Thüringen dieser edlen Dulderin seine eigene Krone auf's Haupt setzt. — Im Innsbrucker Ferdinandeum soll ein eigener Defregger-Saal hergerichtet und in demselben hauptsächlich jene Bilder des Meisters aufgestellt werden, die sich auf das denkwürdige Jahr 1809 beziehen. Es sind das bis jetzt sechs Gemälde, von denen freilich das Museum nur ein Originalbild „Speckbacher und sein Sohn Anderl" besitzt, doch will man die fünf anderen von berühmten Meistern unter Deffregger's Aufsicht kopiren lassen. — Ritter v. Payer, der berühmte Nordpol-Fahrer, welcher in kurzer Zeit als Maler zu so großer Berühmtheit gelangt ist, hat seinen Wohnsitz von München nach Paris verlegt. Schon seine Arbeitsstätte dort tritt aus der Schablone bräuchlicher Atelierelegance und beliebter „künstlerischer Unordnung" heraus. Der Nordpol grüßt uns in diesem Atelier; aus allen Ecken und Enden, aus allen Winkeln und hinter allen Vorhängen lugt er mit seinem phantastisch-geheimnißvollen Reiz hervor. Eisbär-Felle, welche die Stelle der Tapeten vertreten, ein vom Plafond herab seine mächtigen Fittige ausbreitender ausgestopfter Raubvogel, eine Sammlung von Seehundsbekleidungen und hundert anderer Equipirungsobjekte für Polarreisende, ein menschliches Skelett und die in der entgegengesetzten Ecke auf hohem Postamente ruhende Büste des Nordpol-Fahrers Franklin bringen in ihrem pittoresken Durcheinander einen ungewöhnlichen Gesammteindruck hervor. Payer hat soeben drei für den Kaisersaal des Naturhistorischen Museums in Wien bestimmte Gemälde — polare Landschaften — fertig gestellt. In der unermeßlichen Melancholie der eiserstarrten Weltabgeschiedenheit, welche sie zum Ausdrucke bringen, machen sie auf den Beschauer einen sehr stimmungsvollen, fast rührenden Eindruck. Eines derselben zeigt den verlassenen „Tegethoff", bekanntlich das Schiff jener Expedition, deren Führer Payer gewesen. Das eigentliche Ziel der großen künstlerischen Aufgabe, welche sich Payer gestellt, ist die Verherrlichung Franklin's. Eines der vier, den Franklin-Cyklus bildenden Gemälde hat Payer bereits vollendet. Es ist dies „Die Bai des Todes", welche in München das größte Aufsehen gemacht hat. In dem Cyklus selber stellt sich das Bild als das letzte dar. Die anderen drei: „Der Tod Franklin's", „Das Verlassen der Schiffe" und der „Gottesdienst während des Rückzugs" liegen in mehr oder minder vollständigen Skizzen vor.

* (Repertoire-Entwurf für die Zeit vom 19 bis mit 24. Februar.) a. Vorstellungen in Karlsruhe. Dienstag, 19. Febr. 8. Vorst. außer Ab. Zum Vortheil der Pensionsanstalt des Großh. Hoftheaters. Zum ersten Male: „Toni und Madlein". — Donnerstag, 21. Febr. 24. Ab.-Vorst.: „Mignon". — Freitag, 22. Febr. 25. Ab.-Vorst.: „Die Welt, in der man sich langweilt". — Sonntag, 24. Febr. 9. Vorst. außer Ab. I. Fastnachts-Vorst. Neu einstudirt: „Die Reise nach China". — b. Vorstellung in Baden. Mittwoch, 20. Febr. 19. Ab.-Vorst.: „Toni und Madlein". — Die Eintrittspreise zu den beiden Fastnachts-Vorstellungen „Die Reise nach China" am 24. und „Aladin" am 26. d. M. sind (wie im vorigen Jahr) festgesetzt, und zwar: Balkon-Fremdenloge 3 M. 50 Pf., II. Rang- und Parterre-Fremdenloge 2 M. 20 Pf., Logen I. Rangs und Balkon 3 M., Balkon-Stehplatz und Parterrelogen, Logen II. Rangs und Sperrsitze 2 M., Parterre 1 M. 50 Pf., Logen III. Rangs 1 M. 20 Pf., Sitzplatz III. Rangs 80 Pf., Stehplatz III. Rangs 60 Pf., IV. Rang Mitte 50 Pf., IV. Rang Seite 30 Pf.

(Großh. Hoftheater.) In Karlsruhe. Sonntag, 17. Febr. 23. Ab.-Vorst.: **Margarethe**, große Oper mit Ballet in 5 Aufzügen. Text nach dem Französischen des Jul. Barbier und Michel Carré. Musik von Ch. Gounod. Anfang 6 Uhr.

Badischer Landtag.

* **Karlsruhe**, 15. Febr. 37. öffentliche Sitzung der Zweiten Kammer unter dem Vorsitze des Präsidenten Lamey.

Am Regierungstische: der Präsident des Großh. Finanzministeriums, Geh. Rath Ellstätter, Generaldirektor Eisenlohr, Betriebsdirektor Schupp, Ministerialrath Zittel.

Eingelaufen sind:

1) Bitte der Gemeinden Meissenheim, Wittenweier, Nonnenweier, Ottenheim, Ichenheim, den Nachlaß der Flußbau-Steuer betr.; übergeben von dem Abg. Flüge;

2) Bitte der Gemeinde Bühl und anderer Gemeinden um Belassung der Straßen von Bühl-Greffern-Dreusenheim und von Bahnstation Bühl-Bühlerthal im Landstraßen-Verband bezw. um Fortsetzung der letzteren Straße über Herrenwies nach dem oberen Murgthale als Landstraße; übergeben von dem Abg. Betzinger.

Ziff. 1 wird der Petitionskommission, Ziff. 2 der Kommission zur Berathung des Entwurfs eines Straßengesetzes zugewiesen.

Gegenstand der Tagesordnung war die Fortsetzung der Berathung des Berichts der Budgetkommission über das Budget der Eisenbahnbetriebs-Verwaltung, der Bodensee-Dampfschifffahrts-Verwaltung, den umlaufenden Betriebsfond obiger Verwaltungen und den Antheil Badens am Reinertrage der Main-Neckar-Bahn für die Jahre 1884 und 1885.

Berichterstatter: Abg. Pflüger.

Es gaben nur wenige Positionen der einzelnen Budgets Anlaß zu Erörterungen. — Eine lebhafte Diskussion entspann sich über Tit. VII der Ausgabe des Eisenbahnbetriebs-Budgets unter Position § 71a. Für Einrichtung der Gasbeleuchtung in Personenwagen. Von Seiten der Großh. Regierung war für den angegebenen Zweck die Summe von 60,000 M. in Anforderung gebracht worden. Der Antrag der Budgetkommission geht auf Streichung des geforderten Betrags. — Zunächst trat Generaldirektor Eisenlohr lebhaft für die Wiederherstellung der Regierungsforderung ein und befürwortete eventuell, wenigstens die erheblich geringeren Mittel für theilweise Einführung der Gasbeleuchtung — auf den Strecken: Mannheim-Basel, Karlsruhe-Pforzheim, Basel-Konstanz zu bewilligen. — Die Abgg. v. Feder, Kiefer, Schneider (Karlsruhe) stellen im Einklang mit den Ausführungen des Generaldirektors der Großh. Staats-Eisenbahnen den Antrag,

„für Einrichtung der Gasbeleuchtung in Personenwagen den Betrag von weiteren 50,000 M. zu bewilligen".

Der Präsident des Großh. Finanzministeriums, Geh. Rath Ellstätter, spricht sich für Annahme dieses Antrages aus, während die Abgg. Friderich, Pflüger, Frank, Nopp, Fischer, Roder, Förderer denselben bekämpfen. — Von den Mitgliedern der Budgetkommission trat allein der Abg. Maurer für den Antrag v. Feder ein. — Nach umfassender Debatte wird der Antrag des Abg. v. Feder von der überwiegenden Mehrheit des Hauses abgelehnt.

Wir behalten uns vor, in der nächsten Nummer des Blattes über die Diskussion bezüglich dieses Gegenstandes sowie die an andere Positionen angereihten Erörterungen ausführlich zu berichten und heben heute einstweilen hervor, daß durchweg den Anträgen der Budgetkommission entsprochen wurde.

Der Gesetzentwurf, betr. die Fürsorge für die Hinterbliebenen der Angestellten der Staatsverwaltung, wird an eine besonders zu bildende Kommission verwiesen; den Gesetzentwurf, die gewerbsmäßige Ausübung des Hufbeschlages betr., beschließt das Haus, ohne vorgängige Kommissionsberathung im Plenum zur Verhandlung zu bringen. — Schluß der Sitzung 12 Uhr.

** 38. öffentliche Sitzung der Zweiten Kammer. Tagesordnung auf Samstag, den 16. Februar, Vormittags 9 Uhr. Berathung des Berichts der Budgetkommission über das Budget des Großh. Ministeriums des Innern für 1884/85.

Neueste Telegramme.

(Nach Schluß der Redaktion eingetroffen.)

Wien, 15. Febr. Abgeordnetenhaus. Nach den Reden beider Berichterstatter wurde der Majoritätsantrag, die Ausnahmemaßregeln für gerechtfertigt zu erklären und die Aufhebung der Geschworenengerichte zur Kenntniß zu nehmen, mit 177 gegen 137 Stimmen angenommen.

Verantwortlicher Redakteur: Karl Trost in Karlsruhe.

Familiennachrichten.

Karlsruhe. Auszug aus dem Standesbuch-Register.

Todesfälle. 14. Febr. Susanna, Wittwe von Pfandschreiber Wildenmann, 59 J. — 15. Febr. Christine, Ehefrau von Oberkolporteur Weisser, 52 J.

Sonstige Familiennachrichten. Gestorben. Großh. Gerichtsnotar a. D. A. Stoll in Freiburg, 72 J.

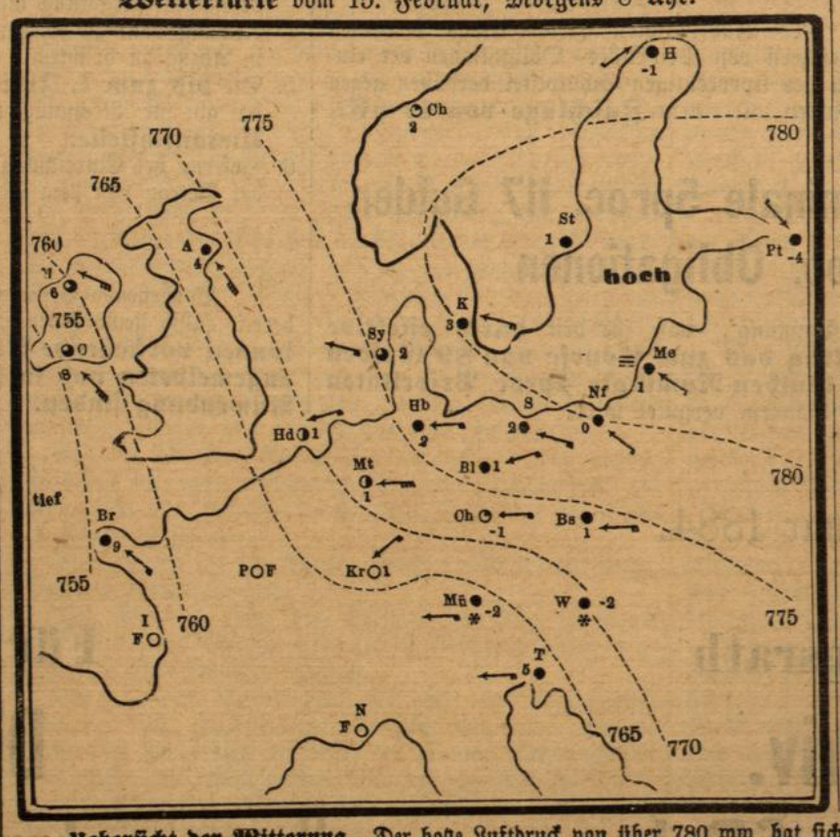
Witterungsbeobachtungen der Meteorologischen Station Karlsruhe.

Februar	Barom. mm	Thermom. in C.	Absolute Feucht. in mm	Relative Feuchtigkeit in %	Wind.	Himmel.
14 Nachts 9 Uhr	754.9	+ 0.8	4.3	89	NE 0	klar
15 Mrgs. 7 Uhr)	754.7	+ 0.1	3.7	79	NE 0	„
„ Mttgs. 2 Uhr	753.5	+ 2.8	3.7	66	NE 2	sehr bew.

¹) Reif.

Wasserstand des Rheins. Maxau, 15. Febr., Mrgs 3.46 m, gefallen 5 cm.

Wetterkarte vom 15. Februar, Morgens 8 Uhr.



Uebersicht der Witterung. Der hohe Luftdruck von über 780 mm hat sich west- und südwärts ausgebreitet, während im Südwesten der britischen Inseln das Barometer wieder stark gefallen ist. Bei etwas auffrischenden östlichen Winden ist über Centraleuropa das Wetter vorwiegend trübe, jedoch ohne wesentliche Niederschläge. Die Temperatur ist im Allgemeinen wenig verändert, in Deutschland liegt dieselbe meist über der normalen. (Deutsche Seewarte.)

Frankfurter telegraphische Kursberichte

vom 15. Februar 1884

Staatspapiere.			
4% Reichsanleihe	102 9/16	Pfschtebrahder	155 7/8
4% Preuß. Cons.	102 5/8	Nordwestbahn	153 5/8
4% Baden in fl.	101 1/2	Elbthal	164 1/4
4% „ i. Mrk.	102 3/8	Mecklenburger	203
Oester. Goldrente	85 5/16	Oberschlesische	273 1/8
„ Silberr.	67 13/16	Rechte-Oderufer	194 1/8
4% Ungar. Goldr.	75 7/8	Gotthard	99 3/4
1877er Russen	90 15/16	**Loose, Wechsel 2c.**	
II. Orientanleihe	57 1/8	Oest. Loose 1860	119
Italiener	92 11/16	Wechsel a. Amst.	168.85
Egypter	68 1/16	„ „ Lond.	20.47
Banken.		„ „ Paris	80.17
Kreditaktien	264 7/8	„ „ Wien	168.50
Disconto-Comm.	194	Napoleonsd'or	16.21
Basler Bankver.	122	Privatdisconto	2 5/8
Darmstädter Bank	153 1/2	Bad. Zuckerfabrik	123 1/2
Wien. Bankverein	94 3/8	Alkali Wester.	159 1/2
Bahnaktien.		**Nachbörse.**	
Staatsbahn	263	Kreditaktien	264
Lombarden	119 3/8	Staatsbahn	262 1/8
Galizier	248	Lombarden	119 1/4
		Tendenz: matt.	

Berlin.		Wien.	
Oest. Kreditakt.	530.50	Kreditaktien	306.10
„ Staatsbahn	527.—	Marknoten	59.30
Lombarden	242.—	Tendenz: —	
Disco.-Comman.	194.—	**Paris.**	
Laurahütte	111.10	5% Anleihe	105.87
Dortmunder	82.40	Spanier	59 3/8
Marienburger	81.50	Egypter	338.—
Böhm. Nordbahn	—.—	Ottomane	646.—
Tendenz: —		Tendenz: —.	

K. K. priv. Kaiser Franz Josef-Bahn.

Kundmachung.

Behufs Einlösung und Unificirung der bestehenden, in **drei Emissionen** zerfallenden und in verschiedener Rangordnung auf den einzelnen Einlagen im Eisenbahnbuche eingetragenen 5procentigen Obligations-Schulden der **k. k. priv. Kaiser Franz Josef-Bahn,** und zwar:

der Anleihe vom Jahre 1867 im ursprüngl. Betrag von 49,560,000 fl. Silber,
" " " " 1873 im ursprüngl. Betrag von 4,000,000 fl. Silber,
" " " " 1879 im ursprüngl. Betrag von 4,500,000 fl. Silber,

hat der Verwaltungsrath auf Grund der ihm von der außerordentlichen General-Versammlung der Actionäre am 21. Januar 1884 ertheilten Ermächtigung und eines mit der **k. k. priv. allgem. österreichischen Boden-Credit-Anstalt** im Vereine mit der **Anglo-österreichischen Bank,** dem **Wiener Bankverein,** der **Niederösterreichischen Escompte-Gesellschaft,** der **k. k. priv. österreichischen Länderbank in Wien,** der **Deutschen Bank in Berlin,** der **Deutschen Vereinsbank in Frankfurt a. M.** und der **Württembergischen Vereinsbank in Stuttgart** abgeschlossenen Uebereinkommens, und über Genehmigung der hohen Staatsverwaltung **eine einheitliche 4procent. Anleihe** in der Höhe von **69,048,600 Gulden österr. Währung Silber,** bestehend in 50243 Stück Schuldverschreibungen à 200 Gulden, 54000 Stück Schuldverschreibungen à 1000 Gulden und 1000 Stück Schuldverschreibungen à 5000 Gulden aufgenommen, welche halbjährig, und zwar vom 1. April 1884 angefangen, verzinst, spätestens in 69 Jahren im Wege der Verloosung al pari zurückgezahlt werden und deren Verzinsung und Rückzahlung **ohne jeden Steuer-, Gebühren- oder sonstigen Abzug** nach Wahl des Inhabers in Wien oder bei den von der Schuldnerin jeweilig bekannt zu gebenden sonstigen Zahlstellen, und zwar: in Wien in effectiver Silbermünze österr. Währung, im Auslande mit dem coursgemäßen Aequivalente in der betreffenden ausländischen Währung erfolgt.

Der erste den Obligationen beigegebene Coupon ist am 1. October 1884 fällig.

Diese Anleihe darf nur zu dem angegebenen Zwecke verwendet werden.

Die bücherliche Eintragung des Pfandrechtes für diese Anleihe wird auf den für die sämmtlichen Linien der k. k. priv. Kaiser Franz Josef-Bahn eröffneten Einlagen im Eisenbahnbuche vollzogen. In dem Umfange, in welchem Theil-Schuldverschreibungen der im Eisenbahnbuche eingetragenen 5procent. Prioritäts-Anleihen der Kaiser Franz Josef-Bahn in Folge des Umtausches oder der Einlösung gelöscht werden, rückt die gegenwärtige Anleihe in der bücherlichen Rangordnung vor, so zwar, daß diese Anleihe nach erfolgter Löschung der 5procent. Anleihen den **ersten Platz** in dem bücherlichen Lastenstande einzunehmen hat.

Für die pünktliche Bezahlung der Zinsen und Rückzahlungsraten haften außerdem die sämmtlichen Einnahmen der Kaiser Franz Josef-Bahn-Gesellschaft und insbesondere das derselben vom Staate garantirte Reinerträgniß.

Im Falle der Perfection des Uebereinkommens vom 12. December 1883 und 21. Januar 1884, betreffend den Ankauf der Kaiser Franz Josef-Bahn durch den Staat, wird diese Anleihe vom österreichischen Staate zur Selbstzahlung übernommen und erlischt mit dem Zeitpunkte der Perfection die Personalverpflichtung der k. k. priv. Kaiser Franz Josef-Bahn-Gesellschaft, so zwar, daß den Inhabern der Theil-Schuldverschreibungen dieser Anleihe sodann ein Anspruch wider die genannte Gesellschaft als Personalschuldnerin nicht weiter zusteht.

Von dem mit der Durchführung der beabsichtigten Convertirung betrauten Banken-Consortium wird hierdurch den Besitzern von Prioritäts-Obligationen der einzuziehenden drei Emissionen der **Umtausch** der 5procentigen Schuldtitel derselben gegen die neuen 4procentigen Prioritäts-Obligationen mit einem **Zuschlage von 17 pCt.** angeboten, so daß dieselben

für je 100 Gulden Nominale 5proc. 117 Gulden Nominale 4proc. Obligationen

zu beziehen berechtigt sind, mit der Bestimmung, daß für den **durch effektive Stücke nicht ausgleichbaren Restbetrag das zum Course von 89 Gulden ö. W. Bank-Valuta für je hundert Gulden Nominale 4proc. Prioritäten** sich ergebende Aequivalent dem Besitzer in Baarem vergütet wird.

Es entfallen sonach z. B. auf fl. 1200 alter 5proc. Obligationen fl. 1404 der neuen Anleihe; hiervon werden fl. 1400 in Obligationen hinausgegeben und für den nicht ausgleichbaren Rest von fl. — zum obigen Kurse von 89 — fl. 3.56 baar bezahlt.

Diejenigen P. T. Besitzer von 5proc. Prioritäts-Obligationen der gedachten drei Emissionen, welche auf den angebotenen Umtausch einzugehen beabsichtigen, wollen die umzutauschenden Obligationen innerhalb der Zeit vom

15. bis inclusive 28. Februar l. J.

bei einer der nachstehend verzeichneten Umtauschstellen **bei Verlust des Umtauschrechtes** anmelden und erlegen, und zwar:

in **Wien:** bei der k. k. priv. allgemeinen österreichischen Boden-Credit-Anstalt,
" " " " Anglo-österreichischen Bank,
" " " dem Wiener Bankverein,
" " " der Niederösterr. Escompte-Gesellschaft und bei deren Bank- und Wechslergeschäfte,
" " " " k. k. priv. österr. Länder-Bank,
" **Berlin:** bei der Deutschen Bank,
" **Dresden:** bei der Dresdner Bank,
" **Frankfurt a. M.:** bei der Deutschen Vereinsbank,
" " " " dem Frankfurter Bank-Verein,
" " " " der Deutschen Effekten- & Wechselbank,
in **Mannheim:** bei der **Rheinischen Creditbank,**
" **Karlsruhe: Filiale der Rheinischen Creditbank,**
" **Heidelberg:** **dto.**
" **Freiburg:** **dto.**
" **Constanz:** **dto.**
in **München:** bei der Bayerischen Hypotheken- und Wechselbank,
" **Stuttgart:** bei der Württembergischen Vereinsbank.

Hierbei kommt zu beachten:

1. Den zu hinterlegenden Stücken sind die aushaftenden Coupons, incl. des am 1. April 1884 fälligen, beizuschließen.
2. Der Erlag hat mittelst zweier Anmeldungsscheine zu geschehen, welche über Verlangen bei den oben genannten Umtauschstellen ausgefolgt werden.
3. Der am 1. April 1884 fällige Zinsen-Coupon in der Höhe von fl. $4.97^{2}/_{10}$ ö. W. Silber, sowie das coursgemäße Aequivalent des durch effektive Stücke nicht ausgleichbaren Restbetrages werden **sofort beim Erlage der Obligationen** baar bezahlt und gleichzeitig dem Erleger ein **Empfangschein** ausgefolgt.
4. Der Vollzug des Umtausches, rücksichtlich der Hinausgabe der neuen Prioritäts-Obligationen erfolgt spätestens **vom 1. Mai l. J.** an, und zwar durch jene Umtauschstellen, bei welchen die einzutauschenden 5proc. Silber-Prioritäts-Obligationen angemeldet, rücksichtlich erlegt worden sind. Hierbei wird bemerkt, daß die bei den Umtauschstellen in Deutschland zur Ausfolgung gelangenden Titres mit dem deutschen Reichsstempel versehen sein werden; für denselben ist in jenen Fällen, wo die zum Umtausche eingereichten 5proc. Obligationen ebenfalls deutsch gestempelt waren, eine besondere Vergütung nicht zu leisten, anderenfalls der entfallende Betrag bei der Einreichung baar zu erlegen, resp. von dem Erlöse des April-Coupons (3.) unmittelbar in Abzug zu bringen.
5. Die **bis zum 1. Juli 1884 nicht bezogenen Obligationen** erliegen von da da ab für Rechnung und Gefahr des Bezugsberechtigten **bei der betreffenden Umtauschstelle.**
6. Soferne bei Einreichung umzutauschender Stücke noch nicht fällige Coupons fehlen, ist der Betrag von dem Einreicher baar zu vergüten.

Vorstehende Bestimmungen beziehen sich nicht auf die im Wege der Verloosung bereits fällig gewordenen, zur Rückzahlung noch nicht präsentirten Obligationen, **noch können vorstehende Normirungen auf die nicht rechtzeitig zum Umtausche angemeldeten und in Folge dessen zur Ausloosung gelangenden Stücke Anwendung finden.** C. 569.

Wien, am 12. Februar 1884.

Der Verwaltungsrath
der k. k. priv.
Kaiser Franz Josef-Bahn.

Für das Consortium:
Die k. k. priv.
allgem. österr. Boden-Credit-Anstalt.

Druck und Verlag der G. Braun'schen Hofbuchdruckerei.

(Mit einer Beilage.)